

Bürgerinitiative nimmt Fahrt auf

Remchingen (to). Die Bürgerinitiative gegen den Rathaus-Neubau in Remchingen nimmt Fahrt auf: Am Dienstag, 20. Mai, soll ab 19.30 Uhr im Schützenhaus in Singen eine Informationsveranstaltung stattfinden, so Lothar Wolf, der die Initiative ins Leben gerufen hat. Inzwischen habe die Gruppe 100 Anhänger. Wolf ist zuversichtlich, dass noch mehr dazu kommen. Nach der Kommunalwahl am 25. Mai will die „Bürgerinitiative Erhaltung der Remchinger Rathäuser und Hochwasserschutz“ dem Remchinger Gemeinderat eine Unterschriftensammlung übergeben.

Wolf hofft, dass zwölf bis 13 Prozent aller Remchinger Wahlberechtigten unterschreiben, um so ein Bürgerbegehren in Gang zu setzen. „Der Zuspruch ist enorm“, hat der 64-jährige Wilferdinger in den vergangenen Wochen festgestellt. Wolf befürchtet, dass der Neubau, der auf dem San-Biagio-Platani-Platz entstehen soll, teurer als die derzeit geschätzten acht Millionen Euro wird. Die Initiative setzt sich dafür ein, dass das Geld stattdessen in Maßnahmen wie den Hochwasserschutz in allen Ortsteilen investiert wird und die bestehenden Rathäuser saniert werden.

Bürgermeister Wilhelm Luca Prayon weist darauf hin, dass der Gemeinderat den Neubau einvernehmlich beschlossen hat, und rechnet vor, dass die Sanierung der alten Rathäuser mit fünf bis sechs Millionen Euro ebenfalls ordentlich zu Buche schlagen würde.

Experiment mit der „Realitätsnähe“

Der Jäger Christian Förster schlägt Grünen-Politikerin ein „Experiment“ vor

Der Naturschutz hatte sich jahrelang dem Vergnügen einer kleinen, elitären Gruppe von Jägern unterzuordnen – erklärte Andrea Schwarz, Vorstandsmitglied der Grünen, einer (noch kleineren) elitären Gruppe. Was nach Jahrhunderten ohne grüne Verbote von der Natur noch übrig ist, soll nun das neue Jagdgesetz retten. Vor den Jägern. Dass grüne Politiker den Jägern die Kompetenz bezüglich Naturschutz absprechen, ist widersinnig – der Jäger

Gastbeitrag

braucht eine intakte Natur so wie Andrea Schwarz ihre Wählerstimmen. Jagd ist zu erst einmal Arbeit.

Frau Schwarz, ich lade Sie zu einem Experiment ein. „Vergnügen“ Sie sich mal selbst als Jägerin. Probieren Sie es mit der veganen Variante. Schießen Sie Fotos von Rehen und Wildschweinen unter Beachtung aller Einschränkungen, denen der Jäger unterliegt. Zusätzlich dürfen die Tiere nicht schräg stehen und nicht zu weit weg. Für Fotos, auf denen Sie ein Muttertier erwischt haben, zahlen Sie 5 000 Euro an einen gemeinnützigen Verein. Das Strafverfahren lassen wir weg.



CHRISTIAN FÖRSTER betätigt sich als Gastautor für die BNN. Foto: pr

Nach dem Schuss geht die Arbeit für den Jäger erst los. Um das nachzuvollziehen, ziehen Sie für jedes geschossene Wildschwein einen schlammigen 70-Kilo-Kartoffelsack 200 Meter durch den Wald und bringen ihn nach Hause. Dort waschen Sie einen Korb Wäsche mit der Hand – Wild muss umgehend ausgenommen werden. Reinigen Sie das Auto, schrubben Sie 20

Quadratmeter Fußboden, Wände, Waschbecken – der Jäger verlässt die Wildkammer sauber. Füllen Sie drei Formulare aus. Wenn von Ihrer Nacht noch was übrig ist – genießen Sie es.

Wecken und versorgen Sie Ihr Kind, bringen Sie vor der Arbeit die Formulare für die Wildschweinproben zur Veterinärbehörde. Eine Fahrt zur Tierkörperbeseitigungsanlage rundet den Morgen ab – dort entsorgen Sie die Abfälle. Dann arbeiten Sie acht Stunden. Wildschweine sind als Ganzes kaum noch verkäuflich. Backen Sie 20 Kilo Kuchen und vakuumieren Sie ihn in kleinen Portionen. Die Reste kommen zur Tierkörperbeseitigungsanlage.

Zusätzlich kostet das Experiment „Realitätsnähe“ 550 Euro Jagdbetriebskosten, dazu 100 Euro Verwaltungsgebühr und Haftpflicht. Für Fehlschüsse spenden Sie im Versuchsjahr fünf Kisten Bier und 100 Euro an einen professionellen Jagdhundehalter. Eigene Kosten – nicht absetzbar.

Probieren Sie, in einem Jahr 30 oder 40 verwertbare Fotos zu schießen. Machen Sie sich ein Bild von dieser Arbeit, die Sie mit dem neuen Jagdgesetz zusätzlich belasten wollen. Ich lade Sie herzlich ein – auch zu meiner Frischlingskeule mit Rosmarin – einem wirklich elitären Braten.

Christian Förster, Jäger in Karlsruhe

Erster Schritt zur Sanierung

Rastatt (mjr). Die Finanzierungsvereinbarung zur Sanierung des Rastatter Bahnhofs ist unterschrieben. Mit einem Baubeginn ist frühestens Ende 2016 oder Anfang 2017 zu rechnen, informiert die Stadtverwaltung. Die Sanierung des maroden Bahnhofs – Teil des Bahnhofsmodernisierungsprogramms in Baden-Württemberg – kostet nachzeitigem Stand 6,1 Millionen Euro. Davon muss Rastatt 1,1 Millionen Euro bezahlen. Eine erste Rate von 72 000 Euro ist im aktuellen Haushalt eingestellt.

Im Wesentlichen geht es um die Modernisierung der Bahnsteige. In Rastatt sind derzeit die niedrigsten Bahnsteige der Region, von denen aus die Züge nur mit einem großen Schritt bestiegen werden können. Außerdem sind sie nur über Treppen erreichbar – bei der Sanierung werden wohl Aufzüge eingebaut.

Aktuell gibt es zur fehlenden Barrierefreiheit das Problem, dass an den Bahnsteigen 5 und 6 noch immer keine eindeutige Anzeige angebracht ist. Fahrgäste können seit einem Umbau aus den Bahnen auf Gleis 5 in beide Richtungen aussteigen – allerdings werden diese Bahnen häufig nicht angezeigt und nicht angesagt. Die Bahn hatte erklärt, dass die Albtalverkehrsgesellschaft für die Behebung des Problems verantwortlich sei, entsprechende neue Anzeigen würden bestellt. Bis jetzt hat sich jedoch nichts getan. Das Rastatter Rathaus hatte sich in dieser Sache an die Bahn gewandt und um Abhilfe gebeten.